

# TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –  
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: [kober.klemens@dihk.de](mailto:kober.klemens@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

<b>Update</b> .....	<b>3</b>
50 Jahre EU-Zollunion: EU sollte weiter nach den Sternen greifen! – Handelsblatt Gastbeitrag von DIHK-Präsident Eric Schweitzer am 02.07.2018.....	3
Japan und EU unterzeichnen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen .....	4
EU und Vietnam einigen sich auf Freihandels- und Investitionsabkommen .....	4
Erste Verhandlungsrunde EU-Australien Freihandelsabkommen .....	5
Marktzugangsangebote EU-China Investitionsabkommen.....	5
EU warnt vor US-Autozöllen .....	5
EU verhängt Schutzmaßnahmen auf Stahlimporte .....	5
WTO-Streitbeilegungsverfahren EU/Kanada-USA.....	5
USA klagt bei WTO gegen Gegenmaßnahmen .....	6
WTO-Mitglieder besorgt über mögliche US-Autozölle.....	6
Beitritt Australiens zu WTO-Beschaffungsabkommen.....	6
Handelspraktiken Chinas, Israels und Uruguays auf dem Prüfstand.....	6
WTO-Ausschuss für regionale Handelsabkommen überprüft FTAs .....	6
<b>Ressourcen</b> .....	<b>7</b>
EU veröffentlicht Bericht über Handels- und Investitionshemmnisse .....	7
WTO-Bericht zu Handelshemmnissen der G20-Länder .....	7
UNCTAD-Bericht über Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren.....	7
Jahresabschlussbericht des WTO-Berufungsgremiums .....	7
Interaktive EU-Karte zeigt deutsche Japan-Exporteure .....	7
Bundesregierung: EU-Japan Abkommen und Reaktionen auf US-Zölle .....	8
Neues OECD-Buch über Handelserleichterungen .....	8
Studie des EP-Thinktanks: Modus-5 Dienstleistungen in Handelsabkommen .....	8
Briefing des EP-Think Tanks: EU-Japan Freihandelsabkommen.....	8
Übersicht des EP-Thinktanks zur US-Handelspolitik .....	8
EP-Thinktank: Studien zu EU-Abkommen mit Moldau, Georgien, Ukraine, Armenien und AKP-Ländern.....	9
Übersicht des EP-Thinktanks zur Anwendung von Blockchain-Technologien im Handel .....	9
EP-Thinktank-Bericht zu Protektionismus und internationale Diplomatie .....	9
EP-Thinktank-Berichte: Modernisierung der Handelsschutzinstrumente und EU-Rahmen für Überprüfung von Direktinvestitionen.....	9
US-Papier zu disruptivem Verhalten Chinas in der WTO.....	9
Bericht der Bertelsmann-Stiftung zur Zukunft der globalen Handelspolitik .....	9
<b>RGIT Corner – News aus Washington</b> .....	<b>9</b>
DIHK und BDI kommentieren geplante Autozölle .....	10
Handelsdispute vor der WTO .....	10
Potenzielle Ausweitung des Handelsstreits und Reaktionen darauf.....	10
Anträge zu Ausnahmen von Section 301-Zöllen .....	11

USITC macht Weg frei für Strafzölle auf spanische Oliven .....	11
Potenzielle Freihandelsverhandlungen USA-Philippinen .....	11
Unterzeichnung des überarbeiteten KORUS-Abkommens .....	11
TPA für US-Administration automatisch verlängert .....	12
Keine Ausnahmen für europäische Unternehmen von den Iran-Sanktionen .....	12
<b>Asia Corner – News aus Singapur .....</b>	<b>12</b>
RCEP 2018 Deadline .....	12
Tunesien – Indonesien FTA.....	12
China-Korea Freihandelsabkommen Modernisierung.....	12

**50 Jahre EU-Zollunion: EU sollte weiter nach den Sternen greifen! – Handelsblatt Gastbeitrag von DIHK-Präsident Eric Schweitzer am 02.07.2018**

Was war das für ein Paukenschlag! Mit einem Mal waren alle Zölle innerhalb Europas abgeschafft. Die Verwirklichung der Zollunion am 1. Juli 1968 kam einer wirtschaftlichen Revolution gleich, lag doch das Durchschnittsniveau beispielsweise der französischen Zölle bei nahezu 17% und auch in Deutschland immerhin noch fast halb so hoch. Und: Das große Feilschen um Schweinekontingente oder Olivenpreise hatte endlich ein Ende. Mit der Zollunion war der erste und wichtigste Schritt zum Binnenmarkt gemacht. Heute ist unser Binnenmarkt Alltag.

Der wechselseitige Austausch innerhalb Europas hat uns zu Wohlstand und Frieden verholfen. In den Augen der Wirtschaft ist der gemeinsame Binnenmarkt, und als wichtiger Teil davon der Grundpfeiler Zollunion, einer der größten Erfolge des europäischen Projektes. Er ist ein Garant für Wachstum und macht aus der Europäischen Union ein globales wirtschaftliches Schwergewicht. Die EU ist der größte Handelsblock der Welt, größter Auslandsinvestor in aller Welt und übt die größte Anziehungskraft für Investitionen aus aller Welt aus. Die Europäische Union ist zugleich der wichtigste Handelspartner für über 80 Länder – für die USA sind es übrigens nur 20, sowie der zweitwichtigste für nochmals über 40 Länder. Dieses Gewicht gilt es zu nutzen. Weil wir weiterhin von diesem Markt profitieren wollen, müssen wir uns als deutsche Wirtschaft gemeinsam mit der Politik aktiv für die Europäische Union einsetzen. Eine Rückkehr zu Zöllen und damit verbundenen Kontrollen sowie eine Abkehr von der Freizügigkeit von Arbeitskräften käme unsere Betriebe teuer zu stehen. Die Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, im Europäischen Binnenmarkt wie auf dem Heimatmarkt gleichermaßen agieren zu können.

Für den Erfolg der deutschen Wirtschaft auf internationalen Märkten sorgen die Unternehmen jeden Tag durch gute wettbewerbsfähige Produkte, durch Innovationen und spannende Dienstleistungen. Wachsender Umsatz und Export sind aber kein Naturgesetz. Was auf dem Spiel steht, kann man aktuell leider bei den handelspolitischen Pirouetten der US-Regierung sehen. Die Begründung für die angedrohten und bereits umgesetzten US-Strafzölle ist an den Haaren herbeigezogen und befördert eine Erosion der Welthandelsregeln. Ein neuer Anlauf für ein EU-US-Handelsabkommen erscheint derzeit mehr als fraglich. Sollte es dazu jedoch wider Erwarten kommen, wäre es wichtig, eben nicht nur auf Zölle zu achten. Wichtige Themen für die deutschen Unternehmen wie öffentliche Ausschreibungen („Buy America“) und nichttarifäre Handelshemmnisse müssen dann adressiert werden. Denn hier sind die USA viel abgeschotteter als die EU.

Meine Sorge ist, dass der zugespitzte Konflikt unser in den letzten Jahrzehnten mühsam aufgebautes Welthandelssystem zunehmend infrage stellt. Sogar die Zukunft der Welthandelsorganisation steht in Frage. Für die Unternehmen und unsere gesamte Wirtschaft steht also viel auf dem Spiel. Dabei wäre heute eine enge transatlantische Zusammenarbeit nötiger denn je. Europa kann und sollte hier gerade aufgrund seiner Erfahrungen bewusst einen Kontrapunkt in der internationalen Diskussion setzen. Die EU sollte noch stärker als bisher aktiv werden und auf globaler Ebene für ein offenes Handelssystem eintreten. Klar ist: Der beste Deal der Welt bleibt die WTO. Sie ist das Fundament des globalen Handelssystems.

Unter ihrem Dach haben sich 164 Mitglieder auf einen umfassenden Katalog von verbindlichen Regeln samt Schiedsrichter geeinigt. Im Verhältnis zu den USA, aber auch China, Russland oder Indien gelten derzeit allein die WTO-Regeln für unsere Unternehmen. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich für das Welthandelssystem einzustehen und zu kämpfen. Europa hat vor 50 Jahren gezeigt, wie es geht und welcher große Gewinn eine Welt ohne Zölle sein kann.

Wenn einstige Treiber des Freihandels nun leere Stühle hinterlassen, kommt es umso mehr auf einen Vorreiter mit langem Atem in den nächsten Jahren und Jahrzehnten an. Wie wird zum 100-jährigen Jubiläum der EU-Zollunion der Alltag aussehen? Eine transkontinentale Zollunion? Die Verbannung von Zöllen in die Geschichtsbücher? Wir sollten auf der Weltbühne mutig auftreten, ruhig mal als EU nach den Sternen greifen. Ein offenes Europa ist der beste Beispielgeber für die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung. Offene Märkte und freier Kapitalverkehr sind Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand in Deutschland, Europa und in der Welt. Aus Sicht der Wirtschaft ist es daher wichtig, dass Europa beim Thema Freihandel selbstbewusst agiert. Wir sollten als Europäer in der Handelspolitik *rule maker* statt *rule taker* und *deal maker* statt *deal breaker* sein.

### **Japan und EU unterzeichnen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen**

Im Rahmen des EU-Japan Gipfeltreffens in Tokio haben Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Ratspräsident Donald Tusk und der japanische Premierminister Shinzo Abe am 17.07.2018 das [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen \(WPA\)](#) zwischen der EU und Japan unterschrieben. Das Abkommen ist das bis dato größte von der EU ausgehandelte Abkommen und beinhaltet unter anderem die Abschaffung von Zöllen und regulatorischen Hindernissen, die Öffnung des Agrar- und Dienstleistungsmarktes sowie ein Nachhaltigkeitskapitel. Für den DIHK ist das Abkommen ein [handelspolitischer Volltreffer](#). Das Abkommen ist das erste mit einem expliziten Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen. Sobald das Abkommen durch das europäische und japanische Parlament ratifiziert ist, könnte es 2019 in Kraft treten. Verhandlungen über ein Investitionsabkommen werden weitergeführt. Zudem haben EU und Japan Gespräche über die Anerkennung der [Datenschutzstandards](#) erfolgreich abgeschlossen. Datenschutzsysteme der jeweils anderen Seite sollen fortan als „gleichwertig“ anerkannt werden, damit eine sichere Datenübertragung gewährleistet werden kann.

### **EU und Vietnam einigen sich auf Freihandels- und Investitionsabkommen**

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und vietnamesischer Handelsminister Trần Tuấn Anh haben sich am 26.06.2018 in Brüssel auf den finalen Text des [Handelsabkommens](#) geeinigt. Zudem wurden Diskussionen über ein Investitionsschutzabkommen (IPA) abgeschlossen. Mit dem Handelsabkommen werden unter anderem fast alle Zölle abgebaut, Regelungen für nichttarifäre Handelshemmnisse vereinbart und der vietnamesische Beschaffungsmarkt für europäische Unternehmen geöffnet. Zusätzlich beinhaltet das Abkommen ein umfassendes Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung (TSD), das Standards für Arbeit, Sicherheit und Umweltschutz, sowie die verstärkte Zusammenarbeit bezüglich nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz festsetzt. Sobald das Freihandelsabkommen in die EU-Amtssprachen übersetzt wurde, wird es dem Rat vorgelegt werden. Hiernach steht die Ratifizierung durch das EU-Parlament an.

### **Erste Verhandlungsrunde EU-Australien Freihandelsabkommen**

Vom 02. bis 06.07.2018 fand die [erste Verhandlungsrunde](#) für ein umfassendes und vertieftes EU-Australien Freihandelsabkommen in Brüssel statt. Die Verhandlungen wurden offiziell am 18.06.2018 von EU-Kommissarin Malmström und australischem Premierminister Turnbull sowie Handelsminister Ciobo gestartet. Der europäische Rat publiziert am 25.06.2018 im Anschluss an die Gespräche, die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström in Neuseeland und Australien geführt hat, die Mandate für die offiziellen Verhandlungen mit [Australien](#) und [Neuseeland](#).

### **Marktzugangsangebote EU-China Investitionsabkommen**

Im Rahmen des [20. EU-China-Gipfels](#) in Peking haben sich Ratspräsident Donald Tusk, EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Ministerpräsident Li Keqiang in einer gemeinsamen Erklärung zu einer multilateralen regelbasierten Ordnung mit der UN und einem offenen regelbasierten Handelssystem mit der WTO bekannt. Zudem haben beide Seiten Marktzugangsangebote zum derzeit verhandelten EU-China Investitionsabkommen ausgetauscht.

### **EU warnt vor US-Autozöllen**

[Die EU hat am 29.06.2018](#) in einem [Schreiben](#) an das US-Handelsministerium vor den Auswirkungen von zusätzlichen US-Importzöllen auf Autos gewarnt. Sie betont, dass mögliche Gegenmaßnahmen dem derzeitigen positiven Trend der US-Automobilbranche ein Ende bereiten würden.

### **EU verhängt Schutzmaßnahmen auf Stahlimporte**

Die Europäische Kommission hat am 18.07.2018 vorläufige [Schutzmaßnahmen auf Stahlimporte](#) verhängt, die auf Grund der US-Stahlzölle auf den EU-Markt umgeleitet wird. Seit 19.07.2018 sind diese EU-Zölle in 23 Kategorien von Stahlerzeugnissen in Form eines Zollkontingents in Kraft. Die Zölle in Höhe von 25 Prozent werden erst dann erhoben, wenn die Einfuhren den Durchschnitt der Einfuhren der letzten drei Jahre übersteigen. Sie gelten mit Ausnahme der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums und einige Entwicklungsländer für alle Länder und sind 200 Tage gültig, bevor Anfang 2019 über endgültige Schutzmaßnahmen entschieden wird.

### **WTO-Streitbeilegungsverfahren EU/Kanada-USA**

Am 06.06.2018 gab die WTO bekannt, dass die Europäische Union und Kanada ein [Streitbeilegungsverfahren](#) bezüglich der US Strafzölle auf Stahl und Aluminium angefragt haben. Beide Länder gaben in ihren individuellen Klagen an, dass die Strafzölle in Widerspruch mit dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und der Vereinbarung über Schutzmaßnahmen stünden (Agreement on Safeguards). Nach der EU, Kanada und weiteren Handelspartnern, hat am 09.07.2018 auch die [Schweiz bei der WTO Klage gegen die US-Handelspolitik](#) eingelegt.

### **USA klagt bei WTO gegen Gegenmaßnahmen**

Die USA haben bei der Welthandelsorganisation jeweils [Klage gegen China, die EU, Kanada, Mexiko und die Türkei eingereicht](#). Diese hatten auf die von den USA eingeführten Zöllen auf Stahl und Aluminium mit Gegenmaßnahmen reagiert, um entstandene Schäden auszugleichen. Die US-Regierung bewertet die Gegenmaßnahmen als regelwidrig und un gerechtfertigt, während sie in den selbst erhobenen Stahl- und Aluminiumzöllen keinen Verstoß gegen internationale Regeln sehen.

### **WTO-Mitglieder besorgt über mögliche US-Autozölle**

Über 40 WTO-Mitglieder, darunter die 28 EU-Mitgliedsstaaten, haben beim [Rat für Warenverkehr](#), der von 03.07. bis 04.07.2018 stattfand, Einwände gegen die geplanten US-Autozölle geäußert. Sie warnen vor ernsthaften Störungen und negativen Konsequenzen für den Welthandel und das multilaterale Handelssystem. China kritisiert unter anderem, dass die geplanten Maßnahmen hauptsächlich Konsumenten betreffen und keinerlei Einfluss auf nationale Sicherheit hätten. Andere Mitglieder befürchten, dass durch die geplanten Zölle eine Abwärtsspirale aus Maßnahmen und Gegenmaßnahmen entstehen würde, die schädlich für den internationalen Handel sei.

### **Beitritt Australiens zu WTO-Beschaffungsabkommen**

Australien steht kurz davor, dem [WTO-Beschaffungsabkommen](#) beizutreten. Beobachter rechnen damit, dass der Beitritt Ende 2018 erfolgen kann. Zudem wurde Weißrussland als Beobachter anerkannt und Gespräche über eine eigenständige Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs nach Austritt aus der Europäischen Union gestartet.

### **Handelspraktiken Chinas, Israels und Uruguays auf dem Prüfstand**

Vom 11.07. bis 13.07.2018 fand die [siebte WTO-Überprüfung von Chinas Handelspraktiken](#) statt. Zum fünften Mal wurden sowohl [Israels Handelspraktiken](#) vom 17.07. bis 19.07.2018, sowie [Uruguays Handelspraktiken](#) zwischen 27.06. und 29.06.2018 überprüft. Als Grundlage hierfür dienen Berichte des WTO-Sekretariats und jeweils ein Bericht der betroffenen Regierung. Überprüfungen der Handelspolitik sind ein wichtiger Bestandteil der WTO: Alle Mitgliedstaaten der WTO unterziehen sich regelmäßig einer solchen Untersuchung.

### **WTO-Ausschuss für regionale Handelsabkommen überprüft FTAs**

Bei einem [Treffen des Ausschusses für regionale Handelsabkommen \(CRTA\)](#) haben WTO-Mitgliedsstaaten Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, Kanada und der Ukraine, Costa Rica und Kolumbien sowie EU und San Marino bewertet. Zudem wurden neue Rahmenbedingungen für Mitglieder entworfen, wie künftig Veränderungen in bereits existierenden Handelsabkommen kommuniziert werden sollen. Laut WTO sind 75 bereits in Kraft befindliche Freihandelsabkommen noch nicht bei der WTO notifiziert.

### **EU veröffentlicht Bericht über Handels- und Investitionshemmnisse**

Der [jährlichen EU-Bericht](#) über Handels- und Investitionshemmnisse wurde am 26.06.2018 veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, dass derzeit 396 Handelshemmnisse bestehen, die EU-Kommission im letzten Jahr aber zugleich so viele Handelshemmnisse wie nie zuvor beseitigt hat. 2017 kamen 67 neue Hemmnisse hinzu. Insbesondere in China, aber auch in Russland, Südafrika, Indien und der Türkei sind europäische Unternehmen zunehmend mit neuen Handelshemmnissen konfrontiert. Dank der verbesserten EU-Markteintrittsstrategie konnten seit 2014 88 der aktuell 396 bestehenden Handelshemmnisse entfernt werden.

### **WTO-Bericht zu Handelshemmnissen der G20-Länder**

Der [19. WTO-Bericht über Handelsmaßnahmen der G20 Länder](#) gibt an, dass sich zwischen 26.10.2017 und 15.05.2018 die Anzahl der handelshemmenden Maßnahmen, die von G20-Ländern implementiert wurden, verdoppelt haben. Insgesamt wurden 39 neue handelshemmende Maßnahmen von G20 Ländern angewendet. Diese beinhalten beispielsweise Zollerhöhungen, strengere Zollverfahren und Ausfuhrabgaben. Im Laufe der Untersuchungsperiode haben G20 Volkswirtschaften zudem 47 Maßnahmen zur Handelserleichterung eingesetzt, wie beispielsweise das Zolllenkungen und vereinfachte Import- und Exportverfahren. Durchschnittlich wurden sieben handelserleichternde Maßnahmen pro Monat eingesetzt, was etwas mehr als die in der vorherigen Periode beobachteten sechs pro Monat sind. Auch Handelsschutzmaßnahmen wurden verstärkt von G20-Staaten angewendet.

### **UNCTAD-Bericht über Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren**

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hat ihren [Rapport](#) über Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren des Jahres 2017 publiziert. Im Laufe des letzten Jahres wurden mindestens 65 neue Fälle bezüglich Investitionsabkommen gegen 48 Länder initiiert. Über 80 Prozent davon betraf bilaterale Investitionsabkommen.

### **Jahresabschlussbericht des WTO-Berufungsgremiums**

Im Rahmen der Präsentation des Jahresabschlussberichts der Welthandelsorganisation macht [Präsident des Berufungsgremiums, Ujal Singh Bhatia, auf aktuelle Herausforderungen aufmerksam](#). Er spricht angesichts der US-Blockade der Neubesetzung von Richterstellen von nie dagewesenen Herausforderungen und appelliert an WTO-Mitglieder, konstruktiven Dialog zu fördern.

### **Interaktive EU-Karte zeigt deutsche Japan-Exporteure**

Ein neuer Service der EU-Kommission gibt in Form einer [interaktiven Karte](#) eine skalierbare Übersicht, wie viele Unternehmen in welchen Regionen und Gemeinden nach Japan exportieren und wie stark dort Arbeitsplätze an den Japan-Exporten hängen.



### **Bundesregierung: EU-Japan Abkommen und Reaktionen auf US-Zölle**

Laut Bundesregierung laufen die Verhandlungen zwischen EU und Japan um ein Freihandelsabkommen sehr transparent ab. In [einer Antwort](#) auf eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, erklärt sie, dass Öffentlichkeit und Abgeordnete des deutschen Bundestags über Stand und Inhalte der Verhandlungen informiert worden seien. Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion [erklärt](#) die Bundesregierung, dass sie die EU-Kommission im Konflikt mit den USA um die Stahl- und Aluminiumzölle unterstütze. Die Regierung sei über das Vorgehen von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker informiert gewesen und mit den geplanten Gegenmaßnahmen einverstanden.

### **Neues OECD-Buch über Handelserleichterungen**

Die OECD hat am 26.06.2018 bei der Welthandelsorganisation in Genf ihr [neues Buch](#) „Trade Facilitation and the Global Economy“ über Handelserleichterungen vorgestellt. In diesem wird besprochen, wie Handelserleichterungen Handelskosten senken und ökonomischen Wohlstand steigern können. Die OECD Trade Facilitation Indicators (TFIs) stellen hierbei wichtige Instrumente dar. Der Erfolg der Umsetzung des Übereinkommens über Handelserleichterungen variiert je nach Land. Mittlerweile haben fast 85 Prozent der WTO-Mitglieder ihre Ratifizierungsprozesse beendet.

### **Studie des EP-Thinktanks: Modus-5 Dienstleistungen in Handelsabkommen**

Der Thinktank des europäischen Parlaments hat am 11.07.2018 eine [Studie](#) veröffentlicht, die sich mit der Frage befasst, wie Mode 5 Dienstleistungen in multilaterale Abkommen oder Handelsabkommen integriert werden können. Mode 5 Dienstleistungen werden in Güter eingefügt, bevor diese gehandelt werden und generieren für diese einen zusätzlichen Wert. Bislang sind diese nicht im Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen der WTO erfasst und dementsprechend nicht vollständig liberalisiert.

### **Briefing des EP-Think Tanks: EU-Japan Freihandelsabkommen**

Anlässlich des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan hat der Think Tank des EU-Parlaments ein [Briefing](#) veröffentlicht, das einen Überblick über den Verhandlungsprozess und die Inhalte bietet.

### **Übersicht des EP-Thinktanks zur US-Handelspolitik**

Der Think-Tank des Europäischen Parlaments hat eine [Übersicht](#) mit aktuellen Publikationen, die sich mit der US-Handelspolitik beschäftigen, veröffentlicht. Zudem hat er ein [Factsheet](#) veröffentlicht, das einen Überblick über die Beziehungen der EU zu den USA und Kanada gibt.

### **EP-Thinktank: Studien zu EU-Abkommen mit Moldau, Georgien, Ukraine, Armenien und AKP-Ländern**

Das Thinktank des europäischen Parlaments hat eine [Studie](#) veröffentlicht, in der die Assoziationsabkommen der EU mit Moldau, Georgien und der Ukraine evaluiert werden. Eine weitere [Übersicht](#) erläutert das EU-Armenien Abkommen. Zudem gibt ein [Briefing](#) einen Überblick über den Stand der Handelsbeziehungen der EU mit den AKP-Ländern. Schließlich gibt ein [Factsheet](#) einen Überblick zur EU und ihren Handelspartnern.

### **Übersicht des EP-Thinktanks zur Anwendung von Blockchain-Technologien im Handel**

Der Thinktank des Europäischen Parlaments hat eine [Übersicht](#) veröffentlicht, die die Verwendung von Blockchain-Technologien im Handel thematisiert.

### **EP-Thinktank-Bericht zu Protektionismus und internationale Diplomatie**

Angesichts der aktuellen Situation der Welthandelspolitik, in der handelsbezogene Maßnahmen zunehmend für Diplomatische Zwecke und Außenpolitik instrumentalisiert werden, hat der Think Tank des europäischen Parlaments einen [Bericht](#) über Protektionismus und internationale Diplomatie vorgelegt. In diesem werden Bedrohungen des multilateralen WTO-Systems analysiert und ein besonderes Augenmerk auf die USA, das Vereinigte Königreich, die EU und China gelegt.

### **EP-Thinktank-Berichte: Modernisierung der Handelsschutzinstrumente und EU-Rahmen für Überprüfung von Direktinvestitionen**

Im Mai 2018 wurde eine [Modernisierung der Handelsschutzinstrumente](#) eingeführt. Das Briefing des Think-Tanks des Europäischen Parlaments bietet einen Überblick über den Legislativprozess und dessen Auswirkungen. Das Thinktank des europäischen Parlaments hat am 12.07.2018 zudem ein [Briefing](#) zum EU-Rahmen für die Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen veröffentlicht.

### **US-Papier zu disruptivem Verhalten Chinas in der WTO**

Die USA haben am 11.07.2018 ein [Papier](#) zum disruptiven Verhalten Chinas innerhalb der WTO zirkuliert, in dem sie China in verschiedenen Bereichen handelspolitisches Fehlverhalten vorwerfen.

### **Bericht der Bertelsmann-Stiftung zur Zukunft der globalen Handelspolitik**

Die Bertelsmann Stiftung hat am 17.07.2018 einen [Bericht](#) über die Zukunft der globalen Handelspolitik veröffentlicht. Dieser analysiert vier komplementäre Wege um die WTO als Instanz zur multilateralen Kooperation im Handel und Konfliktlösungsinstitution wiederzubeleben.

## RGIT Corner – News aus Washington

### DIHK und BDI kommentieren geplante Autozölle

Im Rahmen der Konsultation des US-Wirtschaftsministeriums zu der Untersuchung, ob US-Autoimporte die nationale Sicherheit der USA gefährden, wurden mehr als 2.200 Kommentare eingereicht. Neben US-Bürgern beteiligten sich insbesondere Wirtschaftsverbände und Automobilunternehmen an der Konsultation. Auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) beteiligten sich mit einer [gemeinsamen Stellungnahme](#) an der Untersuchung. Deutsche Automobilfirmen und -zulieferer sichern in den USA 118.000 Arbeitsplätze in mehr als 300 Produktionsstätten, Forschungszentren und Verwaltungssitzen. Die Produktion vor Ort hat sich seit 2009 vervierfacht; 60% der von deutschen Unternehmen in den USA hergestellten Fahrzeuge werden exportiert. Um weiterhin diesen Beitrag zur US-Wirtschaft leisten zu können, brauchen die Unternehmen Planungssicherheit, so BDI und DIHK. Statt Zölle einzuführen sollte die US-Administration mit Partner wie der EU daran arbeiten, weltweit Handelsbarrieren abzubauen.

### Handelsdispute vor der WTO

Die Handelsdispute zwischen den USA und ihren Handelspartnern prägen zunehmend auch Diskussionen innerhalb der WTO. Am 16.07.2018 brachten die USA fünf Fälle vor die Genfer Organisation, in denen sie einzeln [die Legitimität der Ausgleichsmaßnahmen](#) der Europäischen Union, Kanadas, Mexikos, Chinas und der Türkei als Antwort auf die Stahl- und Aluminiumzölle in Frage stellen. Die Zölle der USA seien rechtmäßig, aber statt mit den USA an gemeinsamen Herausforderungen zu arbeiten, hätten einige Handelspartner mit Gegenmaßnahmen reagiert, die US-Arbeiter, Landwirte und Unternehmen bestrafen, so der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer. Vergangene Woche hatte der USTR innerhalb der WTO eine [Übersicht über Chinas Handelspraktiken](#) zirkulieren lassen, die sich seiner Meinung nach disruptiv auf den Welthandel auswirken. Darin kritisiert er einen mangelnden Reformeffort bei der Entwicklung von einer staatlich gelenkten Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft. China wiederum kündigte an, ein WTO-Verfahren gegen die US-Zölle auf 200 Mrd. US\$ an chinesischen Exporten im Rahmen der *Section 301*-Untersuchung zu Technologietransfer und dem Diebstahl geistigen Eigentums anstoßen zu wollen, die sich momentan in der Vorbereitung befinden.

### Potenzielle Ausweitung des Handelsstreits und Reaktionen darauf

Am 10.07.2018 veröffentlichte der US-Handelsbeauftragte eine Liste von weiteren 6.000 chinesischen Produkten zur Konsultation, auf die die US-Administration als Reaktion auf die Retorsionsmaßnahmen Chinas im Kontext der *Section 301*-Untersuchung zum Technologietransfer und Diebstahl geistigen Eigentums 10% Zölle verhängen möchte. Das betroffene Importvolumen betrage 207 Mrd. US\$. Stakeholder können die Liste bis zum 17.08.2018 schriftlich kommentieren, vom 20. bis 23.08.2018 soll außerdem eine öffentliche Anhörung durchgeführt werden. Die Produktliste sowie Details zur Konsultation und Anhörung finden Sie [hier](#). Derweil führte der Auswärtige Ausschuss des Senats am 12.07.2018 eine [Anhörung](#) zu den Zöllen und ihrer Auswirkung auf die US-Außenpolitik sowie die internationale Wirtschaft durch. Geladene Experten waren unter anderem Manisha Singh, *Assistant Secretary*

im US-Außenministerium, und der ehemalige *Chief of Staff* des Weißen Hauses, Joshua Bolton. Der Vorsitzende der Anhörung, Senator Bob Corker (R-TN), unterstrich, dass US-Konsumenten die durch die Zölle verursachten Preissteigerungen bereits jetzt spürten. BMW kündigte am 09.07.2018 eine Preiserhöhung für seine aus den USA nach China exportierten Autos an; man sei nicht in der Lage, die zusätzlichen Zölle von 25%, die China als Antwort auf die neuen US-Zölle eingeführt hatte, komplett zu absorbieren. Der genaue Betrag der Erhöhung werde noch ermittelt.

### **Anträge zu Ausnahmen von Section 301-Zöllen**

Unternehmen und deren Vertreter können produktspezifische Ausnahmen von den am 06.07.2018 in Kraft getretenen Zöllen auf chinesische Produkte beantragen, die aufgrund der *Section 301*-Untersuchung eingeführt wurden. Die entsprechende Ankündigung wurde am 11.07.2018 [im US-Bundesanzeiger veröffentlicht](#). Dieses Mal wird es auch Verbänden gestattet, Anträge einzureichen, was von der Wirtschaft positiv bewertet wurde. Anträge zu Produktausnahmen können bis zum 09.10.2018 [online](#) eingereicht werden. Das Aktenzeichen lautet USTR-2018-0025. Weitere Details können der Ankündigung entnommen werden.

### **USITC macht Weg frei für Strafzölle auf spanische Oliven**

[In einer Entscheidung](#) hat die *US International Trade Commission* (USITC) am Dienstag festgestellt, dass spanische Olivenimporte die US-Olivenindustrie durch Dumping und staatliche Subventionen wesentlich beschädigt haben. Drei der vier Kommissare haben dafür gestimmt. Jetzt könnte das US-Wirtschaftsministerium Strafzölle in Höhe von 30 bis 45% auf diese Olivenimporte einführen. Laut Jean-Luc Demarty, Generaldirektor für Handel bei der EU-Kommission, könnte eine solche Entscheidung als erste Salve gegen EU-Agrarsubventionen allgemein gewertet werden.

### **Potenzielle Freihandelsverhandlungen USA-Philippinen**

Am 12.07.2018 gab der philippinische Botschafter in den USA, Jose Manuel Romualdez, Medienvertretern gegenüber an, dass die USA und die Philippinen ein Freihandelsabkommen verhandeln wollten. Die erste Verhandlungsrunde solle im September in Washington stattfinden, so Romualdez. Die Philippinen versuchten in erster Linie, besseren Marktzugang für Agrarprodukte zu erhalten. Er gehe davon aus, dass sich die Verhandlungen ein bis zwei Jahre hinziehen würden. Seitens des US-Handelsbeauftragten gab es keine Erklärungen zu einer potenziellen Verhandlung.

### **Unterzeichnung des überarbeiteten KORUS-Abkommens**

Südkorea und die USA könnten laut dem koreanischen Handelsministerium bereits im September dieses Jahres das überarbeitete KORUS-Freihandelsabkommen unterzeichnen. Die Verhandlungen aller Themen wurden im März abgeschlossen, nun stehen noch die wirtschaftliche Folgenabschätzung der koreanischen Seite und einige technische Details aus. Ein großes Fragezeichen bleibt die Untersuchung der USA zu Importzöllen auf Autos und Autoteile und ihre eventuelle Anwendung auf koreanische Exporte. Im Jahr 2017 exportierte Korea Autos und Autoteile im Wert von 24 Mrd. US\$, die von den neuen Zöllen betroffen wären.

## **TPA für US-Administration automatisch verlängert**

Am 01.07.2018 wurde die sog. *fast track*-Handelsbefugnis der US-Administration automatisch ohne Abstimmung im Kongress um drei Jahre verlängert. Hätte der US-Kongress vorher einen Ablehnungsbeschluss verabschiedet, hätte die 2015 beschlossene *Trade Promotion Authority* (TPA) nur bis 01.07.2018 gegolten. Jetzt kann die US-Administration bis Juli 2021 Handelsabkommen beim US-Kongress einreichen, die dann jeweils nur einen Mehrheitsbeschluss zum gesamten Abkommen benötigen, um ratifizieren zu werden, statt über einzelne Inhalte gesondert abstimmen zu müssen.

## **Keine Ausnahmen für europäische Unternehmen von den Iran-Sanktionen**

Die Trump-Administration lehnte einen Antrag auf weitgehende Ausnahmen für europäische Unternehmen von den Iran-Sanktionen ab. Die französischen, britischen und deutschen Minister hatten diesen Appell in einem Brief von Anfang Juni an US-Außenminister Pompeo und US-Finanzminister Mnuchin gefordert. Stattdessen werde die Trump-Administration nur begrenzte Ausnahmen aus Gründen der nationalen Sicherheit oder aus humanitären Gründen gewähren. Des Weiteren reichte der Iran [eine Klage](#) gegen die USA beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein. Die iranische Regierung argumentiert, dass die Verhängung der Sanktionen einen Vertrag von 1955 zwischen den beiden Ländern verstoße.

## **Asia Corner – News aus Singapur**

### **RCEP 2018 Deadline**

Am 11.07.2018 fand ein Ministertreffen in Tokyo in Japan statt, um über den Verhandlungsfortschritt des Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) Abkommens zu diskutieren. Dort wurde [verkündet](#), dass die Verhandlungspartner das Abkommen noch in diesem Jahr abschließen wollen. RCEP ist ein umfassendes Freihandelsabkommen und soll voraussichtlich 16 Kapitel umschließen. Bis dato wurden jedoch lediglich 2 Kapitel fertiggestellt.

### **Tunesien – Indonesien FTA**

Am 25.06.2018 haben Tunesien und Indonesien anlässlich des Tunesien-Indonesien Business Forum ein Freihandelsabkommen unterschrieben. Das Abkommen ist ein Meilenstein in den bilateralen Handelsbeziehungen der zwei Staaten. Das Abkommen soll besonders den Handel der Agrar- und Textilbranche verbessern.

### **China-Korea Freihandelsabkommen Modernisierung**

Anfang 2018 beschlossen China und Korea das im Dezember 2015 in Kraft getretene China-Korea Freihandelsabkommen zu modernisieren. Nach der ersten Verhandlungsrunde im März 2018 ist die zweite Verhandlungsrunde für Ende Juli geplant. In den Neuverhandlungen geht es hauptsächlich um verbesserten Marktzugang im Bereich Dienstleistungen und Investitionen.



Trade-News Juli 2018

Dies könnte Sie auch interessieren:

**Brexit Newsletter**

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeischeunion/brexit/newsletter>

**NewsInternational**

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>